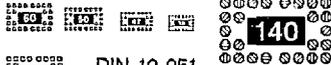


Herner Beschlüsse

Arbeitsaufgaben

für die

Sozialdemokratische Partei Deutschlands



Herausgeber:

Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
am Friedrich-Ebert-Allee 170



A 85-6067

Einleitung

Partei Vorstand, Parteiausschuß und Kontrollkommission hatten im November 1949 in Herne getagt, um die organisatorische Situation der Partei zu besprechen. Als Ergebnis dieser Beratungen faßten die Körperschaften Beschlüsse über diejenigen Arbeitsaufgaben, die als erste im Jahre 1950 in Angriff genommen werden sollten. Dieses Arbeitsprogramm ist damals der Organisation auf Flugblättern und in Broschüren übermittelt worden.

Es ist unter dem Namen

Herne Beschlüsse

zu einem feststehenden Begriff für die SPD geworden.

Die Herne Beschlüsse besitzen heute und für die Zukunft Gültigkeit, da sie richtungweisende Grundsätze darstellen. Wenn auch teilweise wesentliche Fortschritte in ihrer Durchführung und Beachtung erzielt wurden, müssen wir uns im Interesse der notwendigen Verstärkung der Schlagkraft der Partei immer wieder ihre entscheidende Bedeutung vor Augen führen. Nur wenn jeder Vorstand der Partei und jeder Funktionär sich bei der Erfüllung der gestellten Aufgaben nach diesen Beschlüssen richtet, erhält die Partei die organisatorische Grundlage und Kraft, die sie benötigt.

Die den Ortsvereinen und Funktionären hiermit vorgelegte Schrift enthält die Arbeitsaufgaben, die sich aus den Herne Beschlüssen ergeben. Sie sind lediglich überarbeitet worden.

Die Arbeitsaufgaben sind in drei Gruppen gegliedert:

Für die Jugend!
Für die Straffung der Organisation!
Für die Stärkung der Partei!

Mit voller Absicht sind die Beschlüsse, die auf eine stärkere Heranziehung der Jugend an die Partei und ein stärkeres Hervortreten der Jugend in der Partei abzielen, an die Spitze gestellt.

Die Sozialdemokratische Partei verdankt ihre rasche Reorganisation nach 1945 zu einem sehr wesentlichen Teil jenen älteren Mitgliedern, die schon vor 1933 aktiv in der Parteiarbeit standen und die nach dem Zusammenbruch ihre großen und wertvollen Erfahrungen wieder zur Verfügung gestellt haben. Ohne sie wären wir organisatorisch und politisch schwerlich in der Lage gewesen, so rasch und so erfolgreich wieder wirksam zu werden. Die Partei wird auch in Zukunft mit Nutzen von den Erfahrungen der Älteren unter uns zehren und in den Organisationsleitungen jeder Stufe auf eine gute Mischung von älteren und jüngeren Kräften zu achten haben.

Die Erfahrung der letzten Jahre lehrt uns jedoch, daß wir es noch nicht erfolgreich genug verstanden haben, die Anziehungskraft der sozialistischen Ideen auch auf die jüngeren Menschen wirken zu lassen. Zweifellos finden sich sowohl in der Mitgliedschaft wie in einer Reihe von Parteikörperschaften heute — absolut und prozentual — mehr Jüngere als in der Weimarer Zeit! Das ist erfreulich. Aber es genügt nicht. Es darf nicht bei Schlagworten und Beteuerungen bleiben; Wir müssen und wollen praktische Konsequenzen aus der Erkenntnis ziehen, daß dem die Zukunft gehört, der die Jugend hat.

Daher an erster Stelle die Maßnahmen für die Gewinnung der Jugend.

Das zweite, das Hauptkapitel, handelt von der Straffung der Organisation!

Wir haben in den vergangenen Jahren unter denkbar schwierigen Umständen die Organisation der Partei wieder auf die Beine stellen müssen. Aus dem Nichts des Zusammenbruches des Nazireiches haben wir in gemeinsamer Arbeit in kürzester Zeit ein Organisationsgerüst geschaffen, das auch in Krisen- und Belastungszeiten seine Stabilität erwiesen hat.

Mit rund 10000 Ortsvereinen und Stadtteilorganisationen in der Bundesrepublik und Berlin haben wir uns — gemeinsam — einen Unterbau für die politische und organisatorische Arbeit geschaffen, der mehr als doppelt so groß ist als der, den wir in der Weimarer Republik im gleichen Gebiet hatten.

Bei einer solchen stürmischen und erfolgreichen Entwicklung ist es durchaus begreiflich, daß der Organisation da und dort noch Mängel anhaften, daß noch „Schönheitsfehler“ vorhanden sind und daß neuere Erfahrungen nicht überall berücksichtigt wurden. Die Zeit des ersten Wiederaufbaues der Organisation ist vorüber. Jetzt müssen wir an die Festigung, an den Ausbau gehen. Jetzt müssen wir Mängel und Schäden ausmerzen und endgültige Formen finden.

In einer Reihe von einzelnen Beschlüssen ist unter dem Titel „Für die Straffung der Organisation“ festgelegt, was an Maßnahmen auf organisatorischem und finanziellem Gebiet zusätzlich zu den regulären Aufgaben geschehen soll.

Die Straffung der Organisation ist für uns selbstverständlich nicht ein Selbstzweck. Wir organisieren nicht um der Organisation willen. Sie soll uns die technischen Voraussetzungen für eine bessere Kampfsituation schaffen.

Den logischen Abschluß dieses Arbeitsplanes bildet das Kapitel, das sich mit der Agitation beschäftigt und Maßnahmen „Für die Stärkung der Partei“ vorsieht.

Es ist die übereinstimmende Meinung nicht nur der leitenden Organe der Partei, sondern zweifellos aller So-

zialdemokraten, daß wir auf dem bisher Erreichten politisch und organisatorisch nicht ausruhen dürfen.

Wir müssen vorstoßen!

Wir wollen neue Mitstreiter gewinnen!

Wir wollen die Zahl der aktiven Sozialdemokraten in der Partei vergrößern!

Wir wollen die Zahl der sozialdemokratisch Organisierten erheblich vermehren!

Und wir wollen die Zahl der Anhänger der Sozialdemokratie ganz wesentlich erweitern!

Die Zukunft stellt uns organisatorisch und propagandistisch vor neue große Aufgaben. Wie wir sie lösen werden, davon wird abhängen, welchen Erfolg wir auf der politischen Ebene erzielen, wie wir dem deutschen Volke helfen können.

Neues Leben durch Verstärkung des Nachwuchses in der Partei!

Straffere Organisation und Verbesserung des Gefüges der Partei!

Ausdehnung der Werbekraft der sozialistischen Bewegung!

Das sind die drei Etappen auf dem Wege zum Erfolg.

Bonn, im Juli 1952.

Für die Jugend

Die Jugend in der Partei — für die Partei!

Beschluß: „Ergänzung der Vorstände durch Wahl jüngerer Mitglieder.“

Die Vorstände aller Organisationsstufen sollen sich intensiv bemühen, möglichst vielen jungen Sozialdemokraten Verantwortung im Parteilieben und in den parlamentarischen Vertretungen zu übertragen und sie zu aktiver Mitarbeit heranzuziehen. Die Bereitschaft zur Mitarbeit kann nicht nur der sich durchsetzenden Aktivität der Jugendlichen überlassen bleiben, sondern muß von den älteren und erfahrenen Mitgliedern durch verständnisvolles Entgegenkommen tatkräftige Unterstützung erfahren. Bei Neuwahlen der Vorstände müssen die jungen Kräfte mit einbezogen werden. In jedem Ortsvereinsvorstand soll durch Wahl von ein bis drei jüngeren Sozialdemokraten als Stellvertreter oder in entsprechende Leitungsfunktionen die Voraussetzung geschaffen werden, daß die Erfahrungen der Älteren und die Aktivität der Jüngeren vereint zu einer Stärkung der Organisation führen. Die Übernahme von Funktionen und die Durchführung schwieriger Aufgaben, die Ausdauer und ständige selbstlose Mitarbeit über einen längeren Zeitraum erfordern, gehen den Jüngeren beste Gelegenheit, Zuverlässigkeit und Können unter Beweis zu stellen.

Beschluß: „Engste Zusammenarbeit sozialdemokratischer Fraktionen mit sozialistischen Jugendvertretungen.“

Bei der Behandlung von Jugendfragen in den Parlamenten, Kommissionen usw. ist es erforderlich, die zuständi-

gen Jugendfunktionäre hinzuzuziehen. Darüber hinaus ist es notwendig, die jungen Funktionäre und interessierten jungen Sozialdemokraten aktiv an dem Geschehen in den einzelnen kommunalen Vertretungen teilhaben zu lassen und sie dadurch mit diesem Gebiet der politischen Arbeit vertraut zu machen. In dieser Zusammenarbeit liegt für die Jugendlichen auch ein wesentliches Stück praktischer parlamentarischer Schulung.

Die Arbeit der Parlamentsvertretungen auf dem Jugendsektor muß durch eine intensive publizistische Auswertung weitgehend Eingang in die Masse der Jugend finden.

Darüber hinaus soll zur Behandlung von Jugendfragen eine enge Verbindung mit allen sozialdemokratischen Funktionsträgern auf dem Jugendsektor gehalten werden. Eine Reihe junger Sozialdemokraten bekleiden wichtige Funktionen in befreundeten und politisch ungebundenen Jugendorganisationen und -institutionen. Sie können bei der Erörterung von Jugendfragen und der nachfolgenden Durchführung entsprechender Beschlüsse für die Partei entscheidende Beiträge leisten.

Beschluß: „Verpflichtung sozialdemokratischer Verwaltungsfunktionäre zur Heranziehung von Nachwuchskräften.“

Wo es möglich ist, sollen „Kommunalpolitische Arbeitsgemeinschaften“ gebildet werden, die regelmäßig zusammenkommen, um zu den aktuellen kommunalen Fragen Stellung zu nehmen. Diesen Arbeitsgemeinschaften sollten nicht nur die Gemeindevertreter und Kreistagsabgeordneten, die in dem Bereich der Arbeitsgemeinschaft wohnen, die Vertreter der Ortsvereine, Vertreter der befreundeten Organisationen (wie Gewerkschaften, Arbeiterwohlfahrt, Jugend- und Sportorganisationen), sondern auch an der Kommunalpolitik interessierte jüngere Mitglieder der Partei angehören. Die Jugend kann er-

fahrungsgemäß an kommunalen Geschehnissen interessiert werden. Empfindet sie, daß ihre Anregungen ernsthaft beraten werden, wird sie sich für die Partei auch einsetzen. Deshalb sollten die Ratsvertreter bei diesen Arbeitsgemeinschaften versuchen, geeignete Anregungen aus diesem Kreis an das zuständige Parlament weiterzuleiten und in einer späteren Sitzung über den Ausgang zu berichten.

Auf die Heranbildung eines geeigneten Beamtennachwuchses ist besonderer Wert zu legen. Interessierte Genossen sind mit kommunalen Spezialaufgaben zu betrauen.

Um jüngeren Sozialdemokraten auch die praktische Verwaltungserfahrung zu verschaffen, sollen geeignete junge Funktionäre durch Hinzuziehung zu Fraktionssitzungen der Parlamentsvertretungen, Einsetzung als Hospitanten bei den kommunalen Ausschüssen, Beiordnung zu gewählten politischen Beamten geschult und bereits in Verwaltung und Wirtschaft tätige junge Sozialdemokraten unterstützt werden.

Für die Straffung der Organisation

Die wirksame Organisation ist Voraussetzung des politischen Erfolges.

Beschluß: „Durchführung des einheitlichen Organisationsaufbaues: Ortsvereine, Unterbezirke, Bezirk.“

Der Aufbau der Partei vollzog sich nach 1945 in den einzelnen Bezirken sehr unterschiedlich.

Die voneinander abweichenden Bestimmungen der Besatzungsmächte in den einzelnen Zonen über die Zulassung politischer Parteien bedingten zum Teil diese Entwicklung.

Nun, da diese Bestimmungen längst hinfällig geworden sind, muß zur Erhöhung der Schlagkraft der Partei der Aufbau unserer Organisation in allen Bezirken allgemein gültigen Gesichtspunkten entsprechend angeglichen werden.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands wurde aus Gründen politischer und wirtschaftlicher Zweckmäßigkeit in Bezirke untergliedert. Zur Zeit bestehen 19 Bezirke.

Die Bezirke sind eine Zusammenfassung aller Ortsvereine ihres Organisationsgebietes. Zur Erleichterung der organisatorischen und politischen Arbeiten des Bezirks ist dieser durch den Bezirksvorstand in Unterbezirke zu gliedern. Bei dieser Untergliederung ist es möglich, daß in allen Gebieten des Bezirkes die Parteiarbeit belebt und gefördert wird. Die finanziell und personell stärkeren Gebiete müssen unter Beachtung des genossenschaftlichen Gedankens des Ausgleiches den schwächeren Gebieten über den Bezirk Hilfe leisten.

Nur wenn in allen Teilen der Bundesrepublik Deutschland unter diesen Gesichtspunkten die Parteiarbeit vorangetrieben wird, können die jetzt noch Abseitsstehenden gewonnen werden.

Die Stufenfolge unserer Organisation ist: Ortsverein — Unterbezirk — Bezirk.

Erfordern politische Aufgaben (Wahlen für Selbstverwaltungskörperschaften des Landkreises, des Landes oder des Bundes o. ä.) die Zusammenfassung der Parteikräfte in bestimmten Gebieten, so sind für diese, aber nur für diese Aufgaben, Ausschüsse zu bilden (Kreis Ausschüsse, Landes Ausschüsse, Wahlkreis Ausschüsse usw.), die jedoch keine Organisationsinstanz darstellen.

Obwohl dieser Organisationsaufbau seit dem Hamburger Parteitag im § 3 unseres Organisationsstatutes verankert und auch weitgehend nach diesen Richtlinien verwirklicht ist, sollten alle Vorstände der Partei doch noch einmal eine Überprüfung ihrer Organisationsform vornehmen. Nur so schaffen wir uns die notwendige Schlagkraft.

Beschluß: „Regelmäßige Durchführung von monatlichen Mitglieder- oder öffentlichen Veranstaltungen.“

Nur durch den geschlossenen Kampf einer aktiven, verschworenen Gemeinschaft können die großen Ziele unserer Partei verwirklicht werden. Um diese Gemeinschaft zu formen, müssen immer wieder in gegenseitiger Aussprache unsere politischen Ideen klar herausgestellt werden.

Über die Politik der Partei, besonders über die in allen parlamentarischen Körperschaften, müssen die Mitglieder und Wähler durch Abgeordnete und Kandidaten bestens informiert werden. Durch gesellige Veranstaltungen werden auch die weniger politisch interessierten Schichten der Bevölkerung erfaßt und angesprochen. Durch die Beteiligung zahlreicher Genossinnen und Genossen an der Ausgestaltung unserer Veranstaltungen

wächst auch menschlich eine echte Gemeinschaft heran. Unsere Veranstaltungen müssen regelmäßig an bestimmten Tagen im Monat durchgeführt werden, damit vielbeschäftigte und stark in Anspruch genommene Mitglieder oder Interessierte und befreundete Organisationen an diesen Tagen möglichst keine anderen Verpflichtungen übernehmen. Es ist daher von allen Organisationsgliederungen für einen längeren Zeitraum ein Terminkalender aufzustellen, der regelmäßige öffentliche und Mitgliederveranstaltungen umfaßt. Frühzeitige Bekanntgabe dieses Terminkalenders sichert einen größeren Besuch und erleichtert die Werbung für die Veranstaltung.

Durch besondere politische Ereignisse bedingte außerordentliche Veranstaltungen müssen jeweils eingebaut werden.

Jede öffentliche und Mitgliederveranstaltung, auch wenn sie nicht besonders gut besucht ist, zeigt dem Außenstehenden, hier leben und wirken Menschen für ein Ziel, für das es sich lohnt zu arbeiten und zu kämpfen.

Beschluß: „Auflockerung des Versammlungswesens. Verstärkung der Information und Berichterstattung über politische Fragen.“

Die Versammlungen sollen sowohl neue Anhänger werben als auch Mitglieder zur Mitarbeit aktivieren.

Wir wollen offen aussprechen: Viele Parteiversammlungen werden heute noch so ähnlich abgehalten wie vor 30 bis 50 Jahren. Sie interessieren manchmal nur den eingefleischten Funktionär, nicht aber die weniger am Organisationsleben interessierten übrigen Mitglieder der Partei, schon gar nicht die Jüngeren und die Frauen.

Deshalb muß in vielen Orten das Versammlungswesen neugestaltet werden. Das kann einmal dadurch geschehen, daß allgemein interessierende Themen gewählt und gute Redner gesucht werden. Das kann und muß

zum anderen aber auch dadurch geschehen, daß die Veranstaltung in einer neuen Form (umrahmt von anderen Darbietungen oder durch Ausschmückung des Raumes usw.) durchgeführt wird, die dem Besucher Freude bereitet. Es gibt viele Formen, die sich bewährt haben; Parteivorstand und Bezirke geben gern Auskunft und Hilfe. Neben die großen Versammlungen, in denen das ausführliche politische Referat dominiert und die Diskussion zumeist zurücktritt, sollten Veranstaltungen treten, deren Merkmal in erster Linie die Diskussion, die lebendige Wechselrede ist. Gerade für kleinere Ortsvereine dürfte diese Art der Zusammenkunft werbend sein. Ein Kurzreferat (10—20 Minuten; vielleicht mit Lichtbildern oder sonstigem Anschauungsmaterial) soll ein Thema anschneiden, zu dem sich die Anwesenden äußern. Die Themenwahl ist nicht begrenzt. Sie umfaßt allgemeine Politik, Wirtschaft, Sozialleben, Betriebsfragen, Frauenfragen, Jugendarbeit, Flüchtlingsorgen, Wohnungsbau und geht auch nicht an interessanten populärwissenschaftlichen, literarischen und künstlerischen Themen vorbei. Ein guter Diskussionsabend, beispielsweise über Menschheitsentwicklung oder über alte oder moderne Kunst, wird mehr Zuhörer zum Besuch der nächsten, dann vielleicht mehr politischen Veranstaltung veranlassen als eine Zusammenkunft der bisher üblichen Art.

Wir verweisen hierbei auch auf unsere Broschüren und die Anregungen, die unser zwischenbezirklicher Erfahrungsaustausch vermittelt, der laufend allen Unterbezirken zugestellt wird.

Beschluß: „Beseitigung der Mandats- und Funktionshäufung durch Erweiterung des Funktionärkörpers.“

Mandats- und Funktionshäufung in der Hand einzelner, eine Folge der bisherigen Entwicklungsbedingungen, gilt es zu beseitigen.

Niemand kann viele Funktionen zur gleichen Zeit so ausfüllen, wie es notwendig ist.

Es ist daher Aufgabe der Bezirksvorstände und der von den Bezirksvorständen zu beauftragenden Körperschaften, diese Mandats- und Funktionshäufungen im Interesse der Partei, aber auch im Interesse der Beteiligten durch Ermahnung, Aufklärung und notfalls durch Beschluß zu ändern.

Wir müssen viele neue, insbesondere junge Kräfte heranziehen und ihnen die Gelegenheit geben, sich an den vielfältigen Aufgaben in Partei, Kommune oder Staat zu bewähren, um so für die Zukunft einen großen Funktionskörper zu schaffen, der allen politischen Stürmen zu trotzen vermag.

Gerade diese so wichtige Forderung der Herner Beschlüsse ist zu beachten. Die Beseitigung der Mandats- und Funktionshäufung macht wertvollen Nachwuchskräften den Weg frei und ermöglicht, daß jede Funktion und jedes Mandat auch wirklich voll ausgeübt wird.

Beschluß: „Allgemeine Mitgliedsbuchkontrolle auf Beitragshöhe und -rückstände zum Jahreswechsel.“

In Anlehnung an eine sehr bewährte Gepflogenheit in der Partei vor 1933 soll regelmäßig, mindestens zum Jahreswechsel, eine allgemeine Mitgliedsbuch- und Kartenkontrolle stattfinden.

Bei der Durchsicht der Ausweise ist nicht nur auf Beitragsrückstände zu achten, sondern auch zu kontrollieren, ob die von den einzelnen Mitgliedern entrichteten Beiträge den z. Z. gültigen Bestimmungen entsprechen.

Beiträge werden nur anerkannt, wenn sie durch eingeklebte Marken nachgewiesen sind.

Gelegentliche Zahlungen (Spenden usw.) entbinden nicht von der Zahlung des Pflichtbeitrages. Die Höhe dieses Beitrages ergibt sich aus der progressiv gestaffelten Beitragstabelle.

Die kontrollierten Ausweise werden durch Abstempelung (Organisationsstempel) gekennzeichnet. Die Ortsvereinsvorstände müssen dafür sorgen, daß durch regelmäßige Kassierung alle Beitragsrückstände aufgeholt werden.

Einzelheiten der Kontrolle regeln die Bezirke.

Beschluß: „Mandatsrecht auf Konferenzen erlischt bei Beitragsrückstand von zwei Monaten.“

Im Interesse der Stärkung der politischen Arbeit der Partei ist es erforderlich, daß alle Mitglieder ihre Beiträge pünktlich und gemäß ihrem Einkommen bezahlen. Für unsere Funktionäre soll es ein selbstverständliches Gebot sein, daß die Mitgliedsausweise in Ordnung sind. Das gilt insbesondere für diejenigen, die durch das Vertrauen der Organisation als Delegierte an Konferenzen teilnehmen. Auf allen Parteikonferenzen soll regelmäßig eine Mitgliedsbuchkontrolle durchgeführt werden, bei der festgestellt werden muß, ob die Konferenzteilnehmer ihr Mitgliedsbuch bei sich führen und ob sie mit ihrer Beitragszahlung auf dem laufenden sind. Entsprechend dem Herner Beschluß ist es nicht mehr möglich, als stimmberechtigter Delegierter an Konferenzen teilzunehmen, wenn ein Beitragsrückstand von zwei Monaten vorhanden ist. Es ist wünschenswert, daß jedes Mitglied sein Mitgliedsbuch bzw. seine Mitgliedskarte als Ausweis ständig bei sich trägt.

Beschluß: „Vorbereitung der Funktionäre für ihre politische und organisatorische Arbeit.“

Die politische Schulung der Funktionäre muß der Kern der gesamten Bildungsarbeit der Partei sein. Im Mittelpunkt sollen deshalb politische Themen stehen, während Themen allgemeinbildender Natur nur insoweit zu berücksichtigen sind, als sie zu politischen Problemen

hinführen. Zur Erweiterung und Vertiefung der parteieigenen Schulungsarbeit sind die Teilnehmer von Schulungsveranstaltungen ständig auf die Möglichkeiten hinzuweisen, die die öffentliche Erwachsenenbildung (Volks-hochschule) bietet.

Die gesamte Schulungsarbeit ist durch stärkste Heranziehung technischer Hilfsmittel, wie Lichtbild, Film und Tonband, aufzulockern.

Die Funktionärschulung soll auf allen Organisationsstufen intensiviert und in ihrem Aufbau systematisch gestaltet werden. Zu diesem Zweck müssen in allen Bezirken und Unterbezirken arbeitsfähige Bildungsausschüsse bestehen, die die Organisation und Gestaltung der Schulungsarbeit als ihre Hauptaufgabe betrachten. In Zusammenarbeit mit den Funktionären und Ausschüssen, die für einzelne Sachgebiete (wie z. B. Jugend, Frauen, Kommunalpolitik) verantwortlich sind, sollen die Bildungsausschüsse möglichst langfristige Schulungspläne aufstellen.

Besonderes Gewicht ist auf die Schulung junger Mitglieder zu legen, die in enger Zusammenarbeit mit den Arbeitsausschüssen der Jungsozialisten durchzuführen ist.

In der Funktionärschulung dürfen neben der Behandlung allgemeinpolitischer Grundbegriffe die praktischen und organisatorischen Themen nicht vernachlässigt werden. So sind Ortsvereinsvorsitzende und Kassierer mit ihren Aufgaben vertraut zu machen. (Versammlungsführung, Beitragsabrechnung usw.). Auch die Grundlagen der Werbung und die verschiedenen Mittel der Propaganda müssen behandelt werden. Einen besonders breiten Raum muß die Referentenschulung einnehmen. Dabei soll neben der technischen Seite (Form der Rede usw.) jeweils ein politisches Zentralproblem klar und präzise dargelegt werden. Die Auswahl der Themen für die Referentenschulung soll an Hand des vom Parteivorstand herausgegebenen Materials (SPD-Redner) erfolgen.

Als Grundkurse sind dabei Abend- und Wochenendkurse anzusehen, die auch unter Aufwendung geringer Mittel durchgeführt werden können. Die Methode der Arbeitsgemeinschaft, die zum selbständigen Denken erzieht, soll soweit wie irgend möglich angewendet werden.

Darüber hinaus sind von den Bezirken, Unterbezirken und größeren Ortsvereinen Schulungsveranstaltungen durchzuführen, in denen bestimmte Fachgebiete eingehend behandelt werden. So in erster Linie kommunalpolitische Fragen.

Als Lehrkräfte sollen wirkliche Kenner des betreffenden Gebietes herangezogen werden. Alle Kurse sind so aufzubauen, daß ohne weiteres Fortgeschrittenkurse anzuschließen sind. Die Auswahl der Teilnehmer für Grund- und Fortgeschrittenkurse hat sorgfältig nach sachlicher Eignung und nicht auf Grund von Zufälligkeiten (Urlaub usw.) zu erfolgen.

Beschluß: „Verpflichtung der Ortsvereine zum Bezug des Zentralorgans ‚Neuer Vorwärts‘. Für mittlere und große Ortsvereine Pflichtbezug auch der übrigen zentralen Publikationen (Sopade-Querschnitt, Gleichheit, Demokratische Gemeinde).“

Die meisten Tages- und Wochenzeitungen sind SPD-feindlich, zumindest am sozialdemokratischen Willen uninteressiert und bürgerlich eingestellt. Unsere eigene und parteinahe Presse kann heute aus vielen Gründen nicht mehr wie früher als Funktionärorgan wirken, sondern muß sich auf einen breiteren und politisch weniger interessierten Leserkreis einstellen — mit Ausnahme der vom zentralen Parteiverlag herausgegebenen Publikationen, die sich vorwiegend an die Organisationsgliederungen, an die Funktionäre und Mitglieder wenden und ihnen das nötige Informations- und Schulungsmaterial liefern.

Das Zentralorgan „Neuer Vorwärts“ soll nach dem Beschluß von Herne von jedem Ortsverein in mindestens einem Pflichtexemplar bezogen werden. Dieser Forderung muß noch eine Reihe von Ortsvereinen nachkommen. Es muß auch der letzte Ortsverein Bezieher des „Neuen Vorwärts“ werden, damit die Beschlüsse, Stellungnahmen und Kundgebungen der Partei überall schnell und ohne entstellende Verkürzung bekannt werden.

Das ist aber noch nicht genug! Jedes Mitglied, jeder SPD-Wähler, der wirtschaftlich dazu in der Lage ist, muß aufgefordert werden, das Zentralorgan der Partei als Informationsquelle zu abonnieren.

Das gleiche gilt auch für die offizielle politische Monatsschrift „Sopade“ (unsere sozialdemokratische Parteikorrespondenz), für die „Gleichheit“ und für „Die demokratische Gemeinde“, die zumindest von den mittleren und größeren Ortsvereinen in entsprechender Anzahl bezogen werden sollen. Das Ziel muß sein, daß jeder aktive Funktionär der Partei Leser des Zentralorgans und möglichst einer der seinem Aufgabengebiet entsprechenden Monatsschrift ist.

Alle Ortsvereine sollen, soweit sie es noch nicht getan haben, mit dem Bezug der Parteivorstands-Veröffentlichungen beginnen und ihre Bestellungen direkt an den Verlag „Neuer Vorwärts“, Bonn, Friedrich-Ebert-Allee 170, richten.

Beschluß: „Verpflichtung aller Organisationsgliederungen zur Durchführung der Frauenarbeit als einer politischen Aufgabe.“

In jedem größeren Bezirk sollte eine Frauensekretärin oder ein Sekretär mit der Durchführung der Frauenarbeit beauftragt werden. In kleineren Bezirken sollte man wenigstens einer jungen, geeigneten Funktionärin, die noch zu anderen Sekretariatsarbeiten

herangezogen wird, ausdrücklich die werbemäßigen und technischen Arbeiten für die Frauenarbeit übertragen.

In jedem Ortsverein mit mehr als zehn weiblichen Mitgliedern sollte eine Frauengruppe gegründet werden. Der Ortsvereinsvorstand soll gemeinsam mit den Frauen einen Arbeitsplan aufstellen und ihnen, bis sie selber die notwendigen Erfahrungen haben, bei der Durchführung der Arbeit helfen.

In den Frauengruppen sollen regelmäßige Frauenabende, die immer wieder neu und ansprechend gestaltet werden müssen, stattfinden. Die Ortsvereins-, Unterbezirks- und Bezirksvorsitzenden sollen die Frauen in ihren Vorschlägen und Anregungen unterstützen und nicht durch Ablehnung neuer Ideen den Frauen die Freude an der aktiven Arbeit nehmen.

In allen örtlichen, Unterbezirks- und Bezirks-Frauenarbeitsausschüssen sollten verantwortliche Funktionäre mitwirken und regelmäßig an den Sitzungen teilnehmen, ebenso an Frauenkonferenzen, Frauenveranstaltungen, Kursen usw. Es muß dadurch immer wieder unterstrichen werden, daß Frauenarbeit Arbeit der Gesamtpartei ist. Bei allen Delegationen zu Parteikonferenzen oder Wahlen in Vorstände und erweiterte Vorstände muß unbedingt darauf geachtet werden, die Genossinnen entsprechend zu berücksichtigen. Dasselbe sollten wir auch bei der Auswahl von Parlamentskandidaten beachten. Nichts erschwert unsere Frauenarbeit so sehr, als wenn aktive Genossinnen immer wieder feststellen müssen, daß es zwar als selbstverständlich angesehen wird, wenn sie aktiv in der Arbeit stehen, daß man aber bei Delegationen, bei Kandidaturen und bei Vorstandswahlen sich ihrer immer nur so ganz zum Schluß als eines „notwendigen Übels“ erinnert.

Die „Gleichheit“ sollte in keiner Frauengruppe fehlen. Sie bringt regelmäßig nicht nur Informationen über unsere politische Arbeit und über alle die Frauen besonders interessierenden Fragen, sondern sie gibt

eine Fülle von Material und Anregungen für die Ausgestaltung von Frauenabenden und für die Schulung unserer Mitglieder. Auch zur Werbung unier interessierter Frauen, die bisher noch nicht zu uns gehören, ist sie geeignet.

Die „Merkblätter für Frauengruppen“ und das zentral herausgegebene Werbematerial sind für alle, auch die kleinsten Ortsvereine, bestimmt und werden in entsprechender Anzahl vom Parteivorstand geliefert. Die Funktionärinnen müssen nachprüfen und notfalls reklamieren, wenn sie das Material nicht erhalten.

Die Presse muß veranlaßt werden, regelmäßig über unsere Arbeit und über unsere leitenden Funktionärinnen sowie über die SPD-Arbeit für Frauen und Familien in den Gemeinden, Land und Bund zu berichten.

Männer und Frauen innerhalb der Partei müssen zusammenarbeiten und sich bewußt sein, daß sie beide für die Arbeit notwendig sind und daß die Frauenarbeit zwar nur ein Teil der Gesamtarbeit, aber ein wichtiger Teil unserer Arbeit ist.

Beschluß: „Kriegsgeschädigte und Heimatvertriebene in der Partei“.

Für die Sozialdemokratische Partei darf die Arbeit für die Kriegsgeschädigten keine Angelegenheit der schönen Worte sein. Sie soll dort beginnen, wo wir den Vertriebenen, den Kriegssachgeschädigten, dem politischen Flüchtling und dem Heimkehrer am nächsten stehen: in der Gemeinde. Allesamt Habenichtse, leben die Vertriebenen und Evakuierten in den Gemeinden immer noch in einer für sie fremden Umgebung und finden sich selten zurecht. Wer ihnen hier helfend zur Seite steht, der hat sie gewonnen. Die Erfahrung hat gelehrt, daß die Kriegsgeschädigten sich bei politischen Entscheidungen in erster Linie nach den Erfahrungen aus ihrer engen Umwelt richten. Daher darf sich die SPD bei ihrer Be-

treuung den ersten Platz an keiner Stelle nehmen lassen. Die Vertriebenen und Kriegsgeschädigten müssen wissen, daß sie bei uns für ihre berechtigten Wünsche ein offenes Ohr und den Willen zur Hilfsbereitschaft finden. Was können wir hierzu tun? Die Parteiorganisation am Ort muß dafür sorgen, daß Arbeitsausschüsse der Kriegsgeschädigten und Heimatvertriebenen die Betreuungsarbeit übernehmen. Es ist keine Seltenheit, daß die amtliche Betreuung den in sie gesetzten Erwartungen nicht entspricht. In solchen Fällen ist Hilfe von unserer Seite um so notwendiger. Bei der Regelung von Wohnraumfragen, Mietberechnungen, der Vergebung von Gartenland, der Fertigung von Renten-, Pensions- und Fürsorgeanträgen, der Unterstützung bei Umsiedlungsaktionen und Familienzusammenführungen sowie der Einschaltung bei Soforthilfebestrebungen (Bau von Vertriebenenwohnungen, Möbelhilfsaktionen usw.) finden die Arbeitsausschüsse ein weites Arbeitsfeld. Wenn auch nicht immer sofortige Hilfe gegeben werden kann, muß der Rat unserer Auskunftsperson so umfassend und sicher sein, daß der Vertriebene oder Kriegsgeschädigte die Überzeugung gewinnt, sich an der richtigen Stelle zu befinden. Zur Information und Schulung für unsere Vertrauensleute erscheint deshalb laufend die „Sprechstundenhilfe für die Vertriebenenausschüsse“. Sie wird regelmäßig über die Bezirke zum Versand gebracht.

Besonderer Aufmerksamkeit bedürfen die Läger und die in sich geschlossenen Massenunterkünfte. Hier fühlen sich die Menschen am verlassensten. Amtliche Stellen können eine dauernde Betreuung nicht mit Erfolg durchführen. Daher ist Einflußnahme auf die Wahl der in solchen Unterkünften bestellten Vertrauensleute erforderlich, die mit Hilfe der Parteiorganisation an zuständiger Stelle für die Beseitigung bestehender Mißstände Sorge tragen sollen.

Einflußnahme ist ferner nötig auf die amtlichen Flüchtlingsräte und die Vorbereitung zu deren Wahlen. Infolge

der Unterschiedlichkeit der Ländergesetzgebung für Vertriebene muß der Vertrauensmann sich über den Stand der Gesetzgebung ständig unterrichten.

„Informationsdienste und Rundschreiben für die Vertriebenenvertrauensleute der SPD“

werden durch das Vertriebenenreferat des Parteivorstandes in Bonn an die Bezirke weitergegeben, um über die Gesetzgebung und ihre Veränderung schnellstens und zuverlässig zu berichten.

Dauernde Fühlungnahme mit den Vertriebenenorganisationen und Landsmannschaften, Vertriebenenversammlungen sowie Mitgliederversammlungen mit Flüchtlingsgästen müssen nicht nur vor Wahlen, sondern in bestimmten Abständen zur Durchführung gelangen. Aufgabe des Referenten ist hier — weil in Versammlungen der Vertriebenenorganisationen nicht möglich —, die sozialdemokratischen Forderungen eindeutig herauszustellen, deren Verwirklichung für das Leben der Vertriebenen so überaus bedeutsam ist.

Es hat sich als wirksam erwiesen, die Vertriebenen- und Kriegsgeschädigtenorganisationen mit den Publikationen der SPD zu beliefern.

Damit die sozialdemokratischen Forderungen überall klar und eindeutig vorgetragen werden können, wird für die Funktionäre das Mitteilungsblatt „Informationen für die Vertriebenenausschüsse der Ortsvereine“ herausgegeben. Da hier die sozialdemokratischen Gedankengänge über das Vertriebenenproblem zur Diskussion gestellt werden, erhält der Redner das für den Einsatz notwendige Stichwortmaterial. Jeder Heimatvertriebene muß das Gefühl bekommen, in seinen heimatlichen Äußerungen von der Partei verstanden worden zu sein. Es ist deshalb Aufgabe der Ortsvereine, in „Heimatabenden“ ein solches einheitliches Band zu schaffen. „Lichtbild- und Ausgestal-

tungsmaterial für Heimatabende“ (Lieder, Gedichte, Vorlesungen in heimatlicher Mundart) steht ab Herbst 1952 den Ortsvereinen für die Durchführung solcher Veranstaltungen zur Verfügung.

Bei der Inanspruchnahme des Feststellungs- und Lastenausgleichsgesetzes wird sich ergeben, daß die Antragsteller hilflos den Anmeldeformularen gegenüberstehen. Die Vertrauensleute der SPD müssen auch diese Arbeit mitübernehmen. Ueberhaupt wird der Funktionär der SPD am besten mit den genannten Gesetzen vertraut sein müssen. Besondere Beachtung ist den mit der Durchführung des Gesetzes zum Lastenausgleich und zur Feststellung beauftragten Ausschüssen zu widmen. Für die Wahl dieser Ausschüsse durch die Gemeinden sind die besten Funktionäre aus dem Kreis der Kriegsgeschädigten und Heimatvertriebenen den Gemeindeparlamenten in Vorschlag zu bringen. Hier wird eine Abstimmung mit den Vertriebenen- und Kriegsgeschädigtenorganisationen notwendig sein.

Das Heer der Geschädigten als Folge dieses Krieges beschränkt sich nicht auf die Heimatvertriebenen. Neben den Vertretern der Heimatgeschädigten müssen deshalb auch die Bombengeschädigten, die Besatzungsgeschädigten, die Währungsgeschädigten und die Ostzonenflüchtlinge in die Arbeit unserer Ausschüsse einbezogen werden. Erst dann wird eine zufriedenstellende Arbeit für alle geleistet werden können.

Beschluß: „Verstärkte Mitarbeit in den Gewerkschaften.“

Die große Wichtigkeit der verstärkten Betätigung unserer Mitglieder in den Gewerkschaften geht schon allein aus der Tatsache hervor, daß im DGB allein ca. sechs Millionen Menschen organisiert sind, wovon etwa eine halbe Million Jugendliche unter 21 Jahren sind. Bei der Bun-

destagswahl am 14. August 1949 hat unsere Partei knapp sieben Millionen Stimmen erhalten. Hätte jedes Gewerkschaftsmitglied selbst und auch nur ein weiteres Familienmitglied für die SPD gestimmt, dann hätten wir schon allein aus diesen Kreisen elf bis zwölf Millionen Stimmen erhalten.

Die Gewerkschaften sind parteipolitisch neutral, was bei dem Charakter der Einheitsgewerkschaften nach 1945 auch gar nicht anders sein kann, wenn die Einheit erhalten bleiben soll. Wir respektieren diese parteipolitische Neutralität. Die gewerkschaftlichen Forderungen auf Demokratisierung der Wirtschaft, Mitbestimmungsrecht, Sozialisierung der Schlüsselindustrien lassen sich letzten Endes aber nur verwirklichen, wenn auch auf der politischen Ebene ein für diese Forderungen günstiges Kräfteverhältnis vorhanden ist. Ja, auch der Tageskampf der Gewerkschaften, der Kampf um Erhöhung der Löhne, günstige Urlaubsgesetze u. a. m., deckt immer wieder den engen Zusammenhang zwischen Ökonomie und Politik auf.

Ohne kleinliche, parteiegoistische Agitation in den Gewerkschaften zu treiben, können unsere Mitglieder sehr wohl innerhalb der Gewerkschaften für unsere Ideen wirken; wobei natürlich Toleranz auch anderen demokratisch gesinnten Kräften gegenüber notwendig ist. Daneben gilt es, in den Gewerkschaften dafür zu sorgen, daß der faktisch gewerkschaftsfeindliche und gewerkschaftsspaltende unverhältnismäßig große Einfluß der Kommunisten auf jenes Maß reduziert wird, das ihrem wirklichen Anhang entspricht. Den Kommunisten gegenüber darf in den Gewerkschaften nur dort eine Duldung durch uns erfolgen, wo nicht der geringste Zweifel besteht, daß sie unbedingt gewerkschaftsloyal sind, demokratisch handeln und ihre Funktionen nicht für ihre parteipolitischen Zwecke mißbrauchen.

Das Ziel unserer verstärkten Mitarbeit in den Gewerkschaften ist daher: Stärkung der inneren Geschlossenheit der Gewerkschaften.

Beschluß: „Verbreiterung der sozialdemokratischen Betriebsgruppenarbeit.“

Die Tätigkeit unserer Betriebsgruppen ist gerade deshalb von besonderer Bedeutung, weil uns mit den Einheitsgewerkschaften die Möglichkeit entzogen wurde, in diesen unseren Einfluß direkt zur Geltung zu bringen. Wenn wir also an diese Menschen unsere Ideen und Vorstellungen herantragen wollen, so müssen wir versuchen, sie in den Betrieben anzusprechen. Über diese Notwendigkeit gibt es heute in unserer Partei keinerlei Unklarheiten. Auch bei dieser Tätigkeit müssen wir beachten, daß sich vielfach parteigegnerische und parteifeindliche Kräfte in den Betrieben selbst betätigen und sich durchzusetzen versuchen (Kommunisten, Werksgemeinschaften usw.). Der SPD-Betriebsgruppenfunktionär soll in der Regel nicht identisch sein mit dem Gewerkschaftsfunktionär im Betrieb oder mit dem SPD-Betriebsrat. Die letzteren werden ja von einem viel größeren Kreis von Menschen gewählt, ja, zum Teil von der gesamten Belegschaft und können nicht einfach Parteipolitik treiben. Aber es ist wichtig — und hier beginnt eine der Aufgaben unserer Betriebsgruppen — dafür Sorge zu tragen, daß unsere betrieblichen Gewerkschaftsfunktionäre und Betriebsräte gegen gegnerische Angriffe geschützt und von den Betriebsgruppen gestützt werden und sich bei allen ihren Handlungen auch bewußt sind, daß sie Sozialisten sind. Unsere Betriebsgruppen haben also nur politische Aufgaben in den Betrieben, und sie müssen sich ihre konkreten Aufgaben je nach der Gegebenheit der betrieblichen Verhältnisse stellen. So kann es in dem einen Betrieb von großer Wichtigkeit sein, dafür zu sorgen, daß wir uns bei den Betriebsrats- und Gewerkschaftsdelegierten-Wahlen entsprechend unserer Kraft und unseres Einflusses durchsetzen, in einem anderen Falle, dafür zu sorgen, daß diese unsere Funktionäre auch wirklich aus ihrer sozialistischen Gesinnung heraus handeln, und in

einem dritten Falle kann die Haupttätigkeit der Betriebsgruppen in der organisierten Werbung für die Partei und ihre Presse liegen.

Die Betriebsgruppe soll also so etwas wie das politische Gewissen darstellen. Sie muß auch dort, wo einzelne Betriebsräte oder Gewerkschaftsfunktionäre säumig sind in der Vertretung der Interessen der Frauen und Jugendlichen, diese in kameradschaftlicher Weise auf ihre Pflichten aufmerksam machen.

Beschluß: „Stärkere Heranziehung sozialdemokratischer Parlamentarier zu Betriebsversammlungen.“

Unter „Parlamentarier“ soll nicht etwa nur der Bundestagsabgeordnete verstanden werden, sondern schlechthin jeder öffentliche Mandatsträger (Stadtverordnete, Bürgermeister, Kreistags- bzw. Landtagsabgeordnete usw.). Es liegt im Interesse der Durchsetzung und Vertiefung des demokratischen Gedankens, daß die arbeitenden Menschen regelmäßig und allseitig über die Tätigkeit unserer Parlamentarier objektiv unterrichtet werden.

Den Parlamentariern wird andererseits — auf diese Weise — durch die Berührung mit den Belegschaften die Stellungnahme der Arbeitnehmerschaft, ihre Stimmungen und Nöte, besser vermittelt. Gesetze und Verordnungen, Anträge, die zur Beratung stehen, sollen möglichst vorher diskutiert werden. Auf diese Weise können wir in den Betrieben schon die notwendige Resonanz für unsere Politik schaffen.

Fast immer wird jeder — auch nicht sozialdemokratische — Betriebsratsvorsitzende mit Freuden die Gelegenheit ergreifen, wenn an ihn der Wunsch herangetragen wird, daß ein Parlamentarier in einer Belegschaftsversammlung über seine Tätigkeit oder über bestimmte Probleme berichten will.

Gerade wenn wir das häufig und regelmäßig machen — und nicht etwa nur kurz vor Gemeinde-, Landtags- oder Bundestagswahlen —, können wir uns das Vertrauen der Belegschaften erwerben.

Beschluß: „Einhaltung sozialdemokratischer Grundsätze bei der Tätigkeit der SPD-Vertreter in der Selbstverwaltung.“

Zwei Erfahrungen aus unserer politischen Arbeit besagen: „Über den Wahlausgang entscheidet nicht allein die Wahlagitatio in den letzten Wochen, sondern stärker noch die Haltung der Parteien und der Kandidaten während der vorangegangenen Wahlperiode“ und „Viele Wähler entscheiden auch bei allgemeinen Wahlen nicht nach der Gesamtpolitik der Parteien, sondern nach den lokalen Erfahrungen mit ihnen.“

Das sind zwei von den vielen Gründen dafür, warum in Herne der vorstehend genannte Beschluß gefaßt wurde, dessen Befolgung eine Selbstverständlichkeit für jeden gewählten Funktionär sein sollte . . . und für die meisten glücklicherweise auch ist. Jeder Ortsverein und jedes Mitglied muß darauf achten, daß unsere gewählten Vertreter in der Selbstverwaltung — wie an jedem anderen Platze — bei ihrer Tätigkeit stets in Befolgung unserer Grundsätze handeln, daß sie für die Reinhaltung des öffentlichen Lebens besorgt sind, daß sie Hilfe für die Bedrückten und Verfolgten leisten, daß sie die Rechte und Pflichten der parlamentarischen Demokratie wahren und entsprechend ihrer Kraft zu ihrem Teil beitragen, um aus der sozialistischen Idee die sozialistische Wirklichkeit zu gestalten.

Bei grundsätzlichen Entscheidungen haben die Fraktionen die vorherige Zustimmung des zuständigen Organisationsvorstandes oder der Mitgliederversammlung einzuholen.

Um eine echte Zusammenarbeit von Fraktion und Organisationsvorstand zu gewähr-

leisten, haben die Fraktionsvorsitzenden den zuständigen Organisationsvorstand zu den Fraktionssitzungen einzuladen. Die Auffassung des Organisationsvorstandes zu den zur Beratung anstehenden Fragen ist vor der Beschlußfassung bekanntzugeben.

Die sozialdemokratischen Mandatsträger in den kommunalen Vertretungskörperschaften sind Funktionäre der Partei. Kein Mandatsträger darf sich der Tatsache verschließen, daß die Partei in der Öffentlichkeit die Verantwortung für seine Arbeit trägt.

Für die Stärkung der Partei

Beschluß: „Berufung von Agitationsobleuten in alle Organisationsteile.“

Es gibt zwei Gruppen von Funktionären in der Partei, die bisher trotz der Wichtigkeit ihrer Arbeit nicht die genügende Beachtung gefunden haben: die Hauskassierer und die Propagandisten. Beide Gruppen gehören jedoch in der Tat zu den entscheidenden Stützen für die Partei. Während wir ein gut ausgebautes System der Hauskassierung haben, gibt es noch eine große Zahl von Ortsvereinen und anderen Gliederungen der Partei, die nicht einen einzigen Agitationsobmann für ihren Bereich gewählt haben, sondern die so wichtige Propaganda für die Partei von Fall zu Fall betreiben oder sie sogar dem Zufall überlassen.

Soweit deshalb eine Organisationsgliederung noch keinen Agitationsobmann gewählt hat, der die Propagandarbeit in der Abteilung, im Distrikt, im Ortsverein oder dem Unterbezirk zu leiten oder durchzuführen hat, sollte dies schnellstens geschehen. Er soll Mitglied des Ortsvereinsvorstandes bzw. der entsprechenden Gliederung sein und seine Aufgaben in engster Zusammenarbeit mit dem Vorsitzenden und den übrigen Funktionären leisten. Zu seinen Aufgaben gehört das ganze Gebiet der Agitation, von der Werbung neuer Mitglieder bis zur Propagierung von Veranstaltungen. Selbstverständlich kann er diese Arbeiten nicht allein bewältigen — alle Mitglieder der Partei sollen ja aktive Kämpfer und Pro-

pagandisten sein. Der Agitationsobmann soll jedoch die Arbeit vorbereiten, er soll planen und koordinieren.

Dabei wird er insbesondere auch eine sehr enge Zusammenarbeit mit den Hauskassierern der Partei suchen, denn sie sind es, die die regelmäßige Verbindung mit allen Parteimitgliedern, auch den inaktiven, haben, und die für viele Mitglieder die Repräsentanten der Partei sind.

Beschluß: „Verstärkter Einsatz von technischen Hilfsmitteln in der Werbung und Propaganda, Bildungs- und Schulungsarbeit.“

In enger Zusammenarbeit mit den Kultur- und Bildungsobleuten der Partei erschließt sich für die Propagandisten ein weiteres lohnendes und wirksames Betätigungsfeld durch den Einsatz der für uns durchaus greifbaren technischen Hilfsmittel.

Zu diesen technischen Hilfsmitteln gehören der Film, das Lichtbild und das mit Ton versehene Magnetonband.

Der Film versetzt uns, besonders auf dem flachen Lande, in die Lage, viele Menschen anzusprechen, die sonst nie unsere Veranstaltungen besuchen. Mit der Filmarbeit erreichen wir ferner einen stärkeren Besuch unserer Mitgliederversammlungen, vor allem von einem Großteil derjenigen Mitglieder, die sonst unseren Veranstaltungen fernbleiben.

Was über die Filmarbeit gesagt wurde, trifft ebenso auf den Einsatz des Lichtbildes und des Magnetonbandes zu.

Den beiden zuletzt genannten technischen Hilfsmitteln kommt darüber hinaus die Bedeutung zu, unser Versammlungsleben vollkommener neu zu gestalten. Wir müssen weg von den Versammlungsmethoden des 19. Jahrhunderts. Wir müssen Mittel und Wege suchen, um vor-

wärts zu schreiten. Der Einsatz der technischen Hilfsmittel wird wesentlich dazu beitragen, neue Wege zu finden.

Aktivität und die Notwendigkeit der politischen Propaganda erfordern es, daß dauernd neues Material herauskommt.

Um den Unterbezirken, den Ortsvereinen, Distrikten und Abteilungen dieses Material zu vermitteln, erhalten die genannten Organisationen laufend das neueste vom Parteivorstand herausgegebene Informations- und Propagandamaterial in Form von Plakaten, Broschüren, Flugblättern, Flugschriften, Rednermaterial u. a.

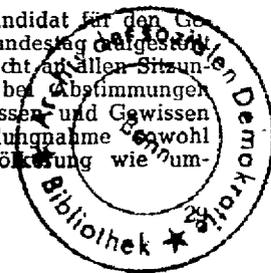
Es muß Aufgabe aller Propagandisten sein, das für ihren Arbeitsbereich erforderliche Informations- und Propagandamaterial vom Parteivorstand anzufordern und dieses dem jeweiligen Zweck entsprechend zur Verbreitung zu bringen.

Neben dem laufend vom Parteivorstand herausgegebenen Material gibt derselbe nach Bedarf (meist jährlich) einen umfassenden Propagandakatalog heraus. Dieser Katalog beinhaltet alles Werbe- und Propagandamaterial für die so dringend notwendige Dauerpropaganda.

Die Voraussetzungen sind geschaffen, jetzt mußt du handeln, Funktionär!

Beschluß: „Engster Kontakt zwischen sozialdemokratischen Abgeordneten, Kandidaten und der Bevölkerung.“

Es ist nicht damit getan, daß ein Kandidat für den Gemeinderat, Kreistag, Landtag oder Bundestag aufgestellt und gewählt wird. Er mag pflichtgerecht an allen Sitzungen und Tagungen teilnehmen und bei Abstimmungen und Entscheidungen nach bestem Wissen und Gewissen handeln, wenn nicht dauernde Fühlungnahme sowohl von dem Abgeordneten zu der Bevölkerung wie um-



gekehrt besteht, kann die Arbeit in dem Parlament auf die Dauer nicht erfolgreich sein. Der Abgeordnete ist ja Vertreter der Bevölkerung; er soll sich als Sachwalter der gesamten Bevölkerung seines Wahlkreises fühlen, sofern er allein gewählt worden ist. Er muß immer wieder in seinen Wahlkreis hineingehen, soll sich über alle Verhältnisse orientieren, soll nicht nur in öffentlichen Versammlungen die Verbindung mit den Wählern aufrechterhalten, sondern in Frageabenden und in Sprechstunden die Meinung, die Wünsche und Sorgen der Bevölkerung anhören und erforschen. Am besten, wenn der Abgeordnete ein Büro unterhalten kann, das zu bestimmten Zeiten jedem Wähler zugänglich ist. Es ist auch wichtig, wenn der Abgeordnete vor besonderen Entscheidungen sich brieflich mit den hieran besonders Interessierten in Verbindung setzt, seine Meinung klarlegt und etwaige Verbesserungsvorschläge erbittet oder diesen Kreis zu einer klärenden Konferenz einlädt.

Und der nicht gewählte Kandidat soll sich auch weiterhin als Beauftragter der Wähler fühlen. Bei der nächsten Wahl wird er vielleicht die Stimmen gewinnen, die ihm dieses Mal fehlten. Auch ohne das Mandat muß er ebenso handeln, als wenn er gewählt worden wäre.

Der Abgeordnete und der Kandidat sind nicht nur während der Wahlzeit für die Bevölkerung zu sprechen, sondern erst recht nachher. Sozialdemokratisches Wollen zielt nicht auf Stimmenfang, sondern auf das dauernde Wohl der Wähler und damit der Gesamtheit.

Beschluß: „Ständige Berichterstattung über die Tätigkeit in Bundestag, Landes- und Kommunalparlamenten.“

Es liegt eine große Gefahr darin, daß sich die parlamentarische Tätigkeit abkapselt und nur zu einer Tätigkeit der Abgeordneten, aber nicht des Volkes wird. Die Ge-

fahr ist um so größer, als gewisse Kreise alle Anstrengungen machen, die parlamentarische Tätigkeit in Gemeinde, Kreis, Land und Bund zu verunglimpfen und die demokratischen Einrichtungen im Ansehen herabzusetzen.

Die gewählten Vertreter in den Parlamenten müssen eine ihrer Hauptaufgaben darin sehen, die Bevölkerung mit der Parlamentsarbeit vertraut zu machen. Ebenso ist es aber auch Aufgabe der Parteigliederungen, das Interesse an der Parlamentsarbeit zu wecken. Nicht nur, daß der Abgeordnete verpflichtet wird, periodisch von seiner und seiner Kollegen Arbeit zu berichten, immer wieder muß in geeigneten Zusammenkünften und durch geeignete Werbemittel (Presse, Flugblatt, Plakat usw.) auf die Bedeutung des Parlamentes im allgemeinen und auf die sozialdemokratische Parlamentsstätigkeit im besonderen, auf Zustimmung oder Ablehnung gegenüber eingebrachten Anträgen hingewiesen werden. Dabei genügt es nicht, Tatsachen allein vorzubringen; ein Kommentar — und sei er noch so kurz — soll die sozialdemokratische Einstellung erläutern und das Einzelergebnis in den großen Rahmen der sozialdemokratischen Politik stellen. Höhepunkte solcher Aufklärungsarbeit sind öffentliche Kundgebungen mit Annahme entsprechender Entschließungen, die dem Parlament zugestellt werden.

Auch die Vertreter in den Kommunalparlamenten müssen regelmäßig den Vorständen der zuständigen Organisationsgliederungen sowie den Mitgliederversammlungen Bericht erstatten.

Beschluß: „Vorbereitung von Werbeaktionen in den einzelnen Bezirken.“

Es ist kein Geheimnis, daß der rasche Aufstieg der Organisation von Null im Mai 1945 bis zur Zahl von 9000 Ortsvereinen und über 800 000 Mitgliedern nach der Währungsreform 1948 eine Unterbrechung erlitten hat.

Wir wollen aber vorankommen: Wir wollen unsere Mitgliederbasis verbreitern und eine Mehrheit der Wählerstimmen erringen.

Deshalb sind Werbeaktionen der Bezirke, Unterbezirke und größeren Ortsvereine durchzuführen. Selbstverständlich müssen die einzelnen Organisationen diese Werbeaktionen aufeinander abstimmen. Sie sollten am besten zu einem besonders geeigneten politischen Zeitpunkt durchgeführt werden, der den örtlichen Gegebenheiten entspricht. Wichtig für alle Funktionäre und Mitglieder ist es, sich auf solche Aktionen einzustellen und mit aller Kraft mitzuwirken.

Unabhängig von diesen besonderen Anstrengungen muß es selbstverständlich jederzeit unser aller Aufgabe sein, die Partei politisch, organisatorisch, finanziell und propagandistisch zu stärken:

**Jeder Sozialdemokrat
in seinem Lebensbereich
ein Werber
und Kämpfer
für die Partei!**

Unentbehrlich für jeden Sozialdemokraten:

Neuer Vorwärts

Das Zentralorgan der SPD, die unentbehrliche Hilfsquelle für jeden politisch Interessierten. Erscheint wöchentlich zum Preise von 1,20 DM monatlich frei Haus.

SOPADE

Die sozialdemokratische Parteikorrespondenz mit Übersicht aus Politik, Wirtschaft und Verkehr. Erscheint monatlich (100 Seiten stark) zum Organisationspreis von vierteljährlich 1,80 DM.

Gleichheit

Das Blatt der arbeitenden Frau. Erscheint monatlich durch Postbezug zum Preise von 0,60 DM vierteljährlich.

Die demokratische Gemeinde

Die zentrale sozialdemokratische Monatschrift für Kommunalpolitik in Stadt und Land. Postbezug vierteljährlich 3,— DM.

**Die zentralen Veröffentlichungen aus dem
Verlag Neuer Vorwärts, Neu**

Neu, Friedrich-Ebert-Allee 170